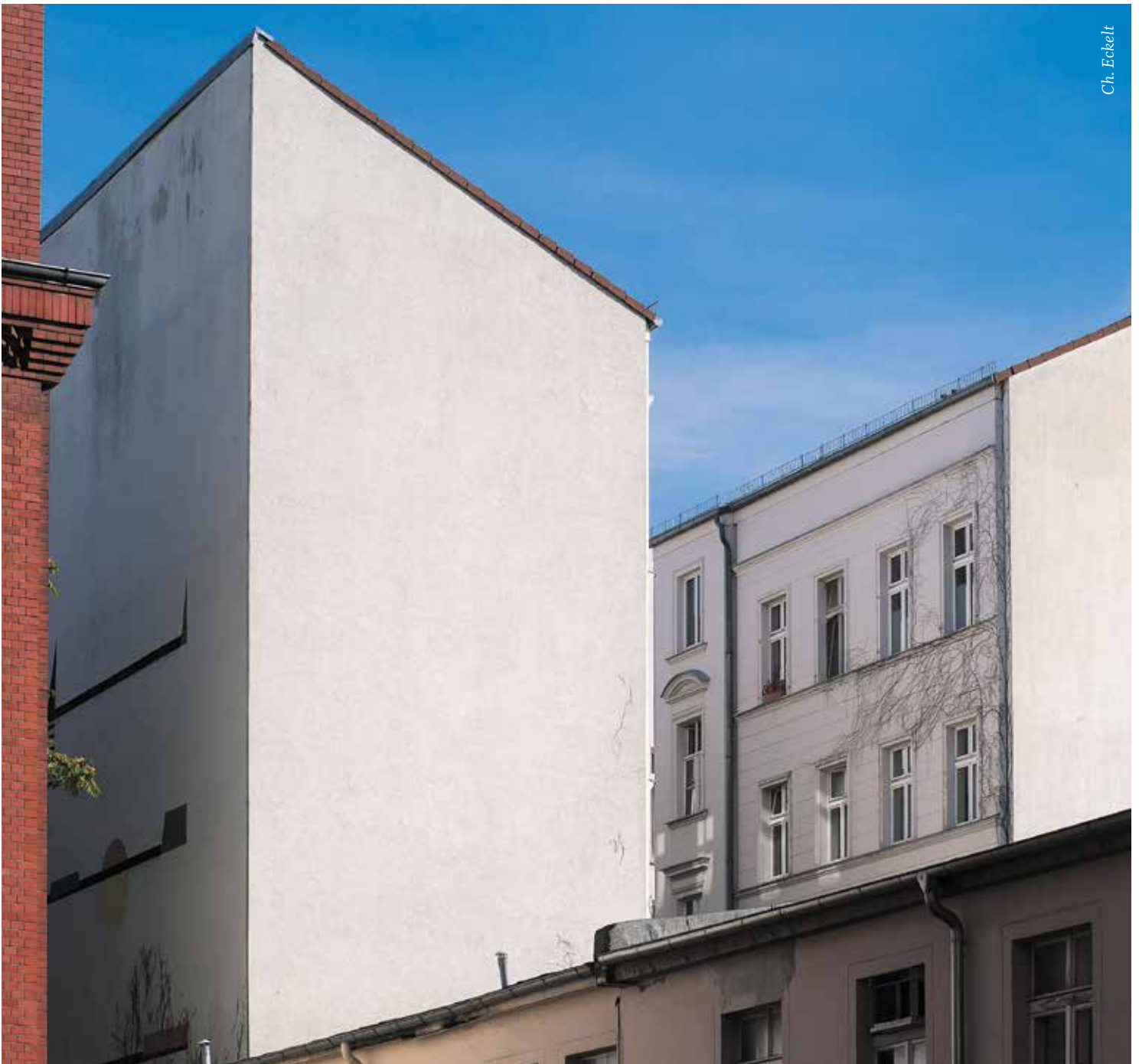


nr. 1 – februar 2014

ecke

turmstraße

Seite 3: Debatte in der Stadtteilvertretung Seite 4: Blockierte Straßenbahn
Seite 6/7: Stadtrat Stephan von Dassel im Interview Seite 11: Im »Holzwurm«



Ch. Eckelt

Zeitung für das »Aktive Zentrum« und Sanierungsgebiet Turmstraße. Erscheint achtmal im Jahr kostenlos.
Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung



Welche Ecke?

Wo wurde dieses Foto aufgenommen? Wer weiß, wo sich dieser Ort genau befindet, schicke die Lösung bitte mit genauer Absenderadresse an die Redaktion: Ecke Turmstraße c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin, oder per Mail an ecketurm@gmx.net. Unter den Einsendern verlosen wir einen Büchergutschein über 20 Euro der Dorotheenstädtischen Buchhandlung. Einsendeschluss ist Montag, der 3. März. Unsere letzte Rätseldecke zeigte den Schlecker-Nachfolger in der Arminiusshalle, ein Süßwarengeschäft namens »Schleckermäulchen«. Gewinner ist Guido Hesselmann. Herzlichen Glückwunsch! Der Büchergutschein wird Ihnen per Post zugesandt.

Nachruf



Bestürzt mussten wir erfahren, dass Axel Vierhufe am 19. Januar, zwei Tage vor seinem 42. Geburtstag, gestorben ist. Axel Vierhufe war seit vielen Jahren aktiv in Moabit – als Anwohner, als Mitglied der Stadtteilvertretung, als Mitglied der SPD Mitte und seit 2012 auch als Bezirksverordneter für die SPD-Fraktion. In der BVV arbeitete er in den Ausschüssen Soziales und Bürgerdienste, Transparenz und Bürgerbeteiligung und Integration. Axel Vierhufe engagierte sich besonders für die Moabiter Kieze und die Belange der Bürgerinnen und Bürger vor Ort. Als einer von mehreren gewählten Sprechern der früheren Stadtteilvertretung im Sanierungsgebiet Turmstraße beschäftigte sich Axel Vierhufe intensiv mit den dortigen Themen und Planungsprozessen. Er verstand sich als Vermittler zwischen den Bürgerinteressen und der Verwaltung, ging Konflikten nicht aus dem Weg, suchte dennoch Kompromisse und war damit immer ein wichtiger Gesprächspartner. – Er wird fehlen.

Termine

Offenes Plenum der Stadtteilvertretung (STV) Turmstraße

Montag, 24. 02., 19 Uhr, Rathaus Tiergarten, BVV-Saal. Offen für alle Interessierten.

Runder Tisch Gentrifizierung

Jeden 2. Dienstag im Monat, 19 Uhr, im Café Sahara City, Ottostraße 19.

Angebote im Nachbarschaftstreff

Städtischloss Moabit, Rostocker Straße 32:

- Kostenfreie Sozialberatung, allgemein, donnerstags 16–18 Uhr
- Kostenfreie Sozialberatung »Grund-sicherung/Wohnen im Alter« (durch den Allgemeinen Sozialdienst des Bezirks Mitte), donnerstags 12–14 Uhr
- Kostenfreie Rechtsberatung (auch in türkischer Sprache) jeden 2. und 4. Mi im Monat, 16–17 Uhr. Weitere Infos unter 39 08 12-17.

Frühstück für Gewerbetreibende

Das Geschäftsstraßenmanagement Turmstraße lädt alle Gewerbetreibenden und Interessierten aus der Turmstraße und Umgebung wieder zu einem gemeinsamen Frühstück und Gesprächen ein: am 12. Februar ab 8 Uhr, diesmal in der Einrichtungsmeisterei, Oldenburger Straße 3a (Inh. Katja Homann).

Mehr Kino für Moabit

- Im Kinocafé in der Zunftwirtschaft an jedem ersten Samstag des Monats um 15 Uhr.
- Im Martha & Maria, Waldstraße 26, am 14. Februar: Salami Aleikum.
- Im Moabiter Ratschlag, Rostockerstraße 32, 2. März 15.30 Uhr: Wallace & Gromit.

Impressum

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Abteilung Stadtentwicklung

Redaktion: Nathalie Dimmer, Christof Schaffelder, Ulrike Steglich

Redaktionsadresse: »Ecke Turmstraße«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin
Tel (030) 283 31 27, ecketurm@gmx.net
Fotos: Christoph Eckelt, eckelt@bildmitte.de
Entwurf und Gestaltung: capa, Anke Fesel, www.capadesign.de

Druck: Henke Druck, info@henkepressdruck.de

Vi.S.d.P.: Ulrike Steglich

Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion verantwortlich.

Online-Archiv: www.turmstrasse.de

Nächster Redaktionsschluss: 24. 2. 2014

Stadtteilvertretung

in der Krise

Auf dem letzten Plenum wurde über Grundsätzliches debattiert

Sie solle sich hinsetzen, herrschte Herr R, Mitglied der Stadtteilvertretung (STV) Turmstraße die Moderatorin an – wegen der »Augenhöhe«, denn es ginge ja nicht an, dass ihm »von oben herab Kommunikationsregeln beigebracht werden sollten«. Worauf die, vor ihren Arbeitstafeln stehend, freundlich antwortete, Herr R. könne sich ja dann gern ebenfalls hinstellen. Weil trotz seiner Aufforderung außer ihm niemand stehen wollte, setzte er sich dann aber doch wieder. Sabine Slapa blieb weiter stehen und moderierte fast zwei Stunden lang.

Eigentlich sollte es auf diesem Plenum darum gehen, über Kommunikationsprobleme zwischen Teilen der Stadtteilvertretung und den anderen Sanierungsbeteiligten (Bezirk, Senatsverwaltung, die Gebietsbeauftragten vom KoSP) zu reden und zusammen nach Formen konstruktiverer Zusammenarbeit zu suchen. Das hatten Bezirksverwaltung und KoSP vorgeschlagen und deshalb Sabine Slapa vom Büro »die raumplaner« als neutrale Person um die Moderation gebeten. Doch dazu kam es kaum – denn vor allem wurde deutlich: Das Kommunikationsproblem liegt vor allem in der tiefen Spaltung der STV selbst, die im März 2013 neu gewählt wurde. Das Verständnis der gewählten Mitglieder von ihren Aufgaben, Zielen und ihrer Zusammenarbeit ist, um es vorsichtig zu sagen, höchst unterschiedlich. Doch die Bürger, die die neue STV wählten, haben natürlich auch ein Recht darauf zu erfahren, wie sie und ihre Interessen von den gewählten Mitgliedern vertreten werden.

Das interne Verhältnis ist geprägt vom Streit unterschiedlicher Fraktionen. Deutlich wird, dass bei einigen Stadtteilvertretern Partikularinteressen und »Monothemen« dominieren, die sich in unterschiedlichen Arbeitsgemeinschaften Raum verschaffen, etwa in der »AG Grün« oder in der AG »Wohnen und Mieten«. Ein STV-Sprecher erklärte ganz unverblümt, die Stadtteilvertretung sei in seinen Augen ja nur eine »simulierte und ritualisierte Bürgerbeteiligung«. Warum er sich dann überhaupt in dieses angebliche »Pseudo-Gremium« wählen ließ, sagte er gleich dazu: Es sei ihm vor allem darum gegangen, auf diesem Weg Informationen sammeln zu können und sein eigenes Netzwerk auszubauen. Diese Fraktionen bestehen auf der Autarkie ihrer jeweiligen AG.

Das desolote Verhältnis innerhalb der STV wurde auf dieser Sitzung mehr als deutlich. Moderatere Mitglieder baten darum, endlich intern zu produktiver Arbeit zurückzukehren, statt auf den monatlichen Plena ständig mit immer sinnloseren AG-Anträgen und Beschlüssen befeuert und von Streitereien zermürbt zu werden. Vorrang sollte doch die eigentliche Aufgabe der STV haben – nämlich die Kommunikation mit den Moabiter Bürgern und die Vertretung ihrer Interessen.

Eine junge Stadtteilvertreterin sprach das an: Sie sei enttäuscht, habe viel mehr gemeinsame konstruktivere Arbeit und Aktivitäten im STV-Plenum erwartet, »Es ist leider bis heute nicht gelungen, gemeinsame inhaltliche Ziele herauszuarbeiten.«



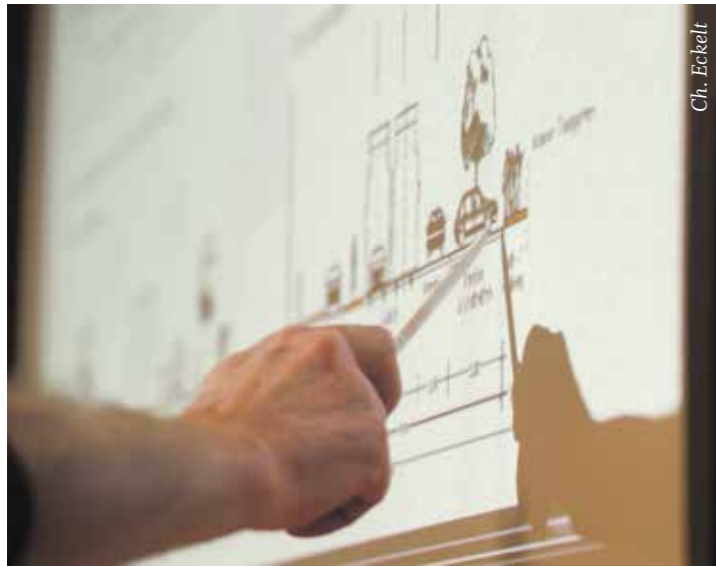
Auch Pfarrer i.R. Michael R., der selbst noch die Westberliner 68er und die APO miterlebte, erinnerte die Radikalfraktionen daran, dass man sich bei aller Rebellion dennoch an gewisse kommunikative Regeln halten und Vernunft walten lassen müsse. »Wenn man sich in ein solches Gremium wählen lässt, muss man sich auch darauf einlassen. Krawall, Beleidigungen und Maximalforderungen bringen nichts.«

Worauf Stadtteilvertreter aus der Mieter-AG entgegneten, gemeinsame Ziele seien die »falsche Zielsetzung«, denn »die Bürger« gebe es als solche ja gar nicht, das sei eine »amorphe Masse«. Das tiefste Niveau der Debatte war an jenem Punkt erreicht, als sich ein AG-Vertreter zu der Bemerkung verstieg, ihn erinnere das an das »Harmoniebedürfnis der Volksgemeinschaft bei den Nazis«.

Es scheint grundsätzliche Differenzen und auch Missverständnisse zu den Aufgaben und der Funktion des Gremiums zu geben. Eine STV wird gewählt als Informations- und Kommunikationsmittler zwischen Bürgerinteressen und Verwaltung. Dafür sollte die STV zu nächst einmal für die Bürger präsent sein. Stadtteilvertretungen in anderen Gebieten werden wahrgenommen, weil sie nach außen aktiv werden, Veranstaltungen organisieren, inhaltliche Debatten zu unterschiedlichen Belangen anregen. Natürlich gehören dazu auch Konflikte. Doch in Moabit scheint die STV vor allem mit ihren internen Auseinandersetzungen beschäftigt. Inzwischen haben sich bereits mehrere gewählte Mitglieder frustriert zurückgezogen.

Hinzu kommt, dass von einigen STV-Mitgliedern nach außen teils ein falsches Bild von den Zuständigkeiten und Möglichkeiten der Bezirksverwaltung vermittelt wird: Die Sanierungsverwaltungsstelle des Bezirks und auch das KoSP sind aber kein politisches Gremium wie das Abgeordnetenhaus oder der Bundestag, die Gesetze verabschieden können. Das Anliegen der Mieterinitiative ist ehrenwert und wird von vielen unterstützt, ist aber in der STV einfach an der falschen Adresse. Und durchgedrungen ist offenbar auch noch nicht ganz, dass die STV zwar viele Anträge und Beschlüsse fassen kann – aber die haben laut Baugesetzbuch lediglich empfehlenden Charakter. Sinnvoller wäre es deshalb, sich stärker inhaltlich mit den teils komplizierten Themen und vor allem kommunikativ auseinanderzusetzen.

Eine junge Frau brachte das Dilemma auf den Punkt: »Wie viel Engagement, Zeit und Energie wurden bisher in internen Streitigkeiten verschwendet, die man besser in Inhalte investiert hätte.«



Ch. Eckelt

Die Straßenbahn blockiert

Erstmals informierte die Senatsverwaltung auf einer öffentlichen Veranstaltung zur Tram-Planung in Moabit

Kommtse oder kommtse nicht? Oder kommtse wieder? Die Straßenbahn nämlich. Das haben sich viele Moabiter in den letzten Jahrzehnten gefragt. Irgendwann hörten dann aber viele auf zu fragen. Und ein bisschen deprimierend ist es schon zu hören, dass sich mittlerweile seit über 20 Jahren Engagierte mit der Frage herumschlagen, ob, wann und wo jemals wieder eine Straßenbahn durch Moabit fahren wird.

Denn früher fuhren Straßenbahnen durch Moabit, doch mit dem Mauerbau und der »autofreundlichen Stadt« starb auch die Tram. Nach dem Mauerfall wurden Neuplanungen aufgelegt. Aber als schon niemand mehr wirklich mit der Realisierung gerechnet hatte, setzte die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung plötzlich die Verlängerung der Tram vom Nordbahnhof über den Hauptbahnhof bis zum U-Bhf. Turmstraße wieder auf die Agenda – und seit letztem Jahr mit höchster Priorität.

Ob man sich darüber noch freuen sollte, wird inzwischen von einigen Anrainern arg bezweifelt – vor allem hinsichtlich der Baustellen, die dann vermutlich über Jahre die Straße blockieren werden.

Aber vor allem trieb der plötzliche Sinneswechsel in der Senatsverkehrsverwaltung auch die Sanierungsbeteiligten in Mitte zur Verzweiflung: Denn inzwischen hatten diese mit viel Arbeitsaufwand und breiter Bürgerbeteiligung Verkehrskonzepte für das AZ-Gebiet rund um die Turmstraße entwickelt, u.a. zur Verkehrsberuhigung im Gebiet oder zur Neugestaltung des Markthallenumfeldes.

Und nun lag plötzlich alles wieder auf Eis: Weil die Senatsverwaltung jahrelang alle möglichen Varianten geprüft hatte, wie die künftige Trasse verlaufen könnte – ob über die Turmstraße oder Alt-Moabit –, wo die Straßenbahn ihren Wendepunkt finden könnte (allein dafür wurden 14 mögliche Varianten vorgeschlagen), und wann und wie das Tram-Vorhaben überhaupt realisiert werden kann.

Wer mit ansehen muss, wie zäh und träge sich seit Jahren allein die kurze Tram-Baustelle vom Nord- zum Hauptbahnhof zieht (mal ganz abgesehen von den zähen öffentlichen Planfeststellungsverfahren und den zahllosen Widersprüchen zuvor) ist angesichts dieses Vorhabens zu Recht eher skeptisch.

Immerhin: nach einem Jahr konsequenten Schweigens der zuständigen Senatsverwaltung gegenüber dem Bezirk Mitte gab es im Januar plötzlich doch ein öffentliches Signal: Die Senatsverwaltung erlaubte tatsächlich – auch zur Überraschung des Bezirksamts Mitte – einem ihrer zuständigen Mitarbeiter, den derzeitigen Stand der Verkehrsplanung öffentlich, auf dem monatlichen Stadtteilplenum des »Moabiter Ratschlags e.V.« im Stadtschloss Moabit vorzustellen.

Matthias Horth von der Senatsverwaltung für Verkehr präsentierte den derzeitigen Planungsstand – und war auch sehr zugänglich für die Diskussion mit engagierten Bürgern. Die ging ins Detail, schließlich kennen die Moabiter ihren Kiez am besten.

»Noch nichts Verbindliches«

Aber solange man nicht mal in der Senatsverwaltung weiß, ob die Trasse nun über Alt-Moabit oder doch über die Turmstraße führen soll, wo sie endet, wann und wo sie weiterführen soll, welche Wendeschleifenvariante favorisiert wird, wie das alles überhaupt finanziert und wann gebaut werden soll, sind kleinteilige Debatten relativ sinnlos. Da war die Grundsatzdebatte wesentlich interessanter, ob es sich überhaupt lohnt, neue Tram-Trassen statt der bisherigen Buslinien durch das Gebiet zu ziehen und welche Vorzüge das eine oder das andere Verkehrsmittel hat.

»Da kann ich Ihnen jetzt leider noch nichts Verbindliches sagen«, war ein Satz, den Horth leider (als Überbringer schlechter Nachrichten) immer wieder sagen musste. Per Beamer zeigte er diverse Varianten zu den Straßenbahnüberlegungen. Zu diesem Sachstand passten prima die bunten Seifenblasen, die in den Beamer-Pausen über die Präsentation flimmerten.

Das grundlegende Problem ist: Solange die Straßenbahn in Moabit auch nur eine flimmernde Seifenblase ist, sind alle anderen kleineren konkreten, bereits geplanten und finanzierten Verkehrsvorhaben wie Verkehrsberuhigung, Radwege, neue Stellplatzordnungen, Straßenumbau etc. komplett lahmgelegt. Die Mittel dafür stünden aus dem AZ-Förderprogramm bereit – doch sie werden verfallen, wenn sie nicht innerhalb weniger Jahre abgerufen werden. Die Finanzierung und Planung der Straßenbahn steht dagegen noch völlig in den Sternen.

us

Öffentliche Info-Veranstaltung zu Gehwegumbauten

Auf Moabiter Gewerbetreibende und Anwohner kommen in den nächsten Jahren einige Bauarbeiten zu: An der Turmstraße (zunächst zwischen Oldenburger Straße und Beusselstraße) sind Gehwegumbauten geplant, die auch eine Belastung für die Anrainer darstellen werden. Am 24. Februar um 19 Uhr findet dazu in der »Zunftwirtschaft« eine öffentliche Informationsveranstaltung statt.

Öffentliche Vorstellung der Planungen zum Schultheiß-Gelände

Die Planungen zur Sanierung des Areals der ehemaligen Schultheiß-Brauerei und dessen gewerblichen Nutzungen sowie der dazugehörige Bebauungsplan sorgten schon seit vielen Jahren für Diskussionsstoff. Über die aktuellsten Planungen des Investors gab es allerdings bislang nur Spekulationen.

Auf Anregung der Stadtteilvertretung findet daher in Zusammenarbeit mit allen Planungsbeteiligten am 12. März um 18 Uhr voraussichtlich in der Heilandskirche eine öffentliche Veranstaltung zum Thema statt. Bitte Aushänge beachten.

Kommentar

Ende eines Wohnungsmarktmärchens

Der Immobilienmakler Dr. Bisser Stolarow war noch Jahre später äußerst stolz auf sich: Er hatte im Jahr 2002 das Berliner Zweckentfremdungsverbot zu Fall gebracht. Vor dem Verwaltungsgericht hatte er dagegen geklagt, dass ihm die Umwandlung einer Wohnung zu Gewerberaum in einem Sanierungsgebiet von Mitte verweigert wurde – und er erhielt Recht. So wurde das Gesetz, das bis dahin die Zweckentfremdung von Wohn- zu Gewerberaum unter Genehmigungspflicht gestellt hatte, für die gesamte Stadt gekippt. Nicht nur in Mitte, sondern in allen Innenstadtbezirken löste die Nachricht Entsetzen aus. Den Investoren standen ja längst Dollarzeichen in den Augen – insbesondere der Ostteil der Innenstadt war seit dem Mauerfall höchst attraktiv und Gewerbenutzungen lukrativer als Wohnmieten.

Doch schon zuvor war eine andere, große Umwandlungswelle angebrochen: spätestens seit 1999, als die steuerlichen »Sonderabschreibungen Ost« ausliefen, waren massenhafte Umwandlungen von Miet- zu Eigentumswohnungen nach Sanierung zu beobachten.

Beide Probleme waren politisch verursacht: Eigentumsbildung war das vielbeschworene Nachwendecredo der SPD-Wohnungspolitik. Und geradezu gebetsmühlenartig leierten der damalige Stadtentwicklungssenator Peter Strieder und seine Nachfolgerin Ingeborg Junge-Reyer (beide SPD) das Märchen von angeblich 100.000 leerstehenden Wohnungen, einem ganz entspannten Wohnungsmarkt und niedrigen Mieten herunter. Doch die absurde Leerstandszahl, die sich trotz Zuzugs über die Jahre merkwürdigerweise kaum verän-

derte, war ein Fake: sie beruhte lediglich auf einer Angabe von Vattenfall über stillgelegte Stromzähler. Jeder konnte schon Mitte der 2000er Jahre wissen, dass insbesondere bezahlbare Mietwohnungen in der Innenstadt knapp wurden. Doch erst zahlreiche Proteste aus der Bevölkerung gegen die Wohnungsnot schreckte die Landespolitik vor der letzten Wahl auf – da war die Leerstandsquote schon längst unter die normale Fluktuationsrate von 3% gesunken.

Nun wurde vom Land Berlin endlich ein neues Zweckentfremdungsverbotsgesetz beschlossen. So ein Gesetz ist eine feine Sache – wenn es denn auch umgesetzt werden kann. Mit lediglich ein bis zwei zusätzlichen Mitarbeitern pro Bezirk, wie vom Senat ursprünglich vorgesehen, ist das angesichts der Größenordnung der Aufgabe eher ein Witz: Allein die Zahl der Ferienwohnungen wird auf 15.000 bis 25.000 geschätzt. Ganz zu schweigen von spekulativem Leerstand und gewerblichen Nutzungen.

Insofern ist das Angebot des Stadtrats Stephan von Dassel sinnvoll, eine »Task Force« zentral für alle Bezirke in Mitte einzurichten, mit 34 Mitarbeitern (siehe Interview Seite 6/7). Nicht nur deshalb, weil ein gut eingespieltes größeres und kompetentes Team wesentlich handlungsfähiger ist als einsame Mitarbeiter in einzelnen Bezirksverwaltungen. Sondern auch deshalb, weil es gerade in Mitte durch den enormen Investorendruck, der seit Anfang der 1990er Jahre auf dem Bezirk lastete, viel Erfahrung im Umgang mit juristischen Fallstricken gibt. Wohl kaum eine andere Bezirksverwaltung musste sich bei der Stadtentwicklung mit so vielen gerichtlichen Auseinandersetzungen herumschlagen und dabei auch bittere Niederlagen hinnehmen.

Aber selbst wenn es vorbildlich umgesetzt wird, reicht das neue Gesetz nicht aus, um die Folgen der politischen Fehler der Vergangenheit, die extrem steigenden Mieten und die Wohnungsnot zu mildern. Es fehlt angesichts des Bevölkerungszuwachses an Wohnungsneubau und auch an einer Umwandlungsverordnung, die die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen in besonders betroffenen Gebieten unter Kontrolle stellt.

us

Bildecke



Peter Barz

Danke unserem Leser Peter Barz für dieses wunderbare Foto!

Stadtrat im Interview

Stephan von Dassel zur »Task Force« gegen Zweckentfremdung und zur Räumung der Eisfabrik

Seit Januar gilt für Berlin ein neues Gesetz zum Zweckentfremdungsverbot (siehe Seite 5). Demnach ist die Nutzung von Wohnraum als Ferienwohnungen und oder Gewerberaum wieder genehmigungspflichtig. Für die Genehmigungsverfahren sind die Bezirke zuständig. Der Bezirk Mitte hat nun den Vorschlag gemacht, diese Genehmigungsverfahren für alle Bezirke gesammelt zu übernehmen. Ein Interview mit Stephan von Dassel (Büro/Grüne), Bezirksstadtrat für Soziales und Bürgerdienste in Mitte

Über den Jahreswechsel waren Sie in den Medien gleich mit zwei Themen präsent: Eines davon war Ihr Vorschlag, im Bezirk Mitte eine bezirksübergreifende »Task Force« für die Durchsetzung des neuen Zweckentfremdungsverbots aufzubauen. Wie kamen Sie auf diese Idee?

Jeder Bezirk in Berlin sollte ja höchstens zwei zusätzliche Stellen für diese Aufgabe bekommen. Das reicht aber bei weitem nicht. Denn in der Praxis werden sich die Mitarbeiter um viele Angelegenheiten kümmern müssen: nicht nur um Ferienwohnungen, sondern auch um Leerstand und Wohnungen, die für Gewerbe zweckentfremdet werden. Zu klären ist, wo Genehmigungen ausgesprochen werden können und wo nicht. Wir brauchen hier auch juristisch versierte Fachleute, denn die Bescheide, die wir erteilen, müssen vor Gericht Bestand haben. Mit ein oder zwei Mitarbeitern in jedem Bezirk ist das schlicht nicht zu leisten.

Insgesamt soll es nun für alle Bezirke 17 neue Stellen geben, die öffentlich ausgeschrieben werden können. Das ist deutlich zu wenig. Als das frühere Zweckentfremdungsverbot 2002 aufgehoben wurde, waren allein in den drei Bezirken Pankow, Mitte und Friedrichshain-Kreuzberg zusammen rund 100 Mitarbeiter mit dieser Aufgabe befasst, und damals galt das Gesetz noch nicht mal für Ferienwohnungen! Wir wollen deshalb, dass aus dem Personalüberhang des Landes Berlin noch zusätzlich 17 Mitarbeiter zu dieser Arbeitsgruppe versetzt werden, denn gerade am Anfang wird die Arbeitsbelastung enorm sein. Ich bin sicher, dass sich da motivierte und qualifizierte Mitarbeiter finden lassen.

Zweckentfremdung:

»Wir werden auf die Unterstützung aus der Bevölkerung angewiesen sein«

Das wären dann 34 Stellen, für eine Stadt mit schätzungsweise 15.000 bis 25.000 Ferienwohnungen. Das klingt immer noch ziemlich wenig.

Natürlich werden die Mitarbeiter nicht auf der Straße nach Zweckentfremdung Ausschau halten können. Wir werden auf die Unterstützung aus der Bevölkerung angewiesen sein, die uns entsprechende Mitteilungen macht. Nach meinem Eindruck werden das auch viele tun, denn von den Zweckentfremdungen gehen ja häufig auch Störungen für die Mieter in der Nachbarschaft aus. Zudem lässt sich im Internet recherchieren, wo Ferienwohnungen angeboten werden. Und dann müssen die Mitarbeiter auch Prioritäten setzen, wo lokal verstärkter Handlungsbedarf besteht – in den Außenbezirken sicherlich weniger als in den Innenstadtbezirken.



Vermieter von Ferienwohnungen versehen die Klingelschilder gern mit prägnanten Codes: mal sind es Namen berühmter Fußballer, mal sind sie eher – wie im Bild – künstlerisch inspiriert.

Wie reagieren die anderen Bezirke auf Ihren Vorschlag, und wie viel Zeit brauchen Sie für die Vorbereitung?

Fünf von elf Bezirken haben bereits positiv reagiert, von den anderen erwarte ich bald eine Rückmeldung. Im Grunde sind doch alle froh, wenn sie diese Aufgabe nicht selbst und allein schultern müssen. Wir brauchen allerdings einige Monate für die Vorbereitung. Die Stellen müssen ausgeschrieben und besetzt, Räume mit moderner Technik eingerichtet werden – und vor allem müssen wir ein gerichtsfestes Genehmigungsverfahren für die Umsetzung entwickeln. Nichts wäre schlimmer, als wenn erlassene Bescheide wegen eines Formfehlers irgendwann für ungültig erklärt werden. Deshalb erwarten wir vom Senat, dass er mit dem formalen Erlass der entsprechenden Verordnung bis zum Sommer wartet.

Gibt es eigentlich Beispiele für andere bezirksübergreifende Arbeitsgruppen?

Durchaus, zum Beispiel beim Kindergeld für die Landesbeschäftigten, beim zentralen Fundbüro oder bei den Bußgeldern für Auto-wracks, das alles macht jeweils ein einzelner Bezirk für ganz Berlin. Das ist geübte Praxis, aber in einem so »politischen« Bereich wie der Zweckentfremdung wäre das Neuland.

Das heißt, dass Sie und der Bezirk Mitte in diesem Bereich administratives Neuland betreten, was auch Risiken birgt...

Ja. Viele haben mich auch vor diesem Schritt gewarnt, weil er sehr viel Ärger einbringen kann. Aber ich halte das für die sinnvollste Lösung – und letztlich bin ich ja in die Politik gegangen, weil ich gestalten will.

Der andere Fall, der zum Jahreswechsel durch die Medien ging und für den Sie dann als Sozialstadtrat zuständig waren, war die Räumung der ehemaligen Eisfabrik in der Köpenicker Straße. Das Bezirksamt hatte per Gericht den Eigentümer des Grundstücks zu dessen Sicherung verpflichten lassen. Die 23 Bulgaren, die seit zwei Jahren in dem seit vielen Jahren leerstehenden und verfallenden Fabrikgebäude gewohnt hatten, mussten aber – so entschied ebenfalls das Gericht – durch den Bezirk untergebracht werden. Waren Sie überrascht von der Entscheidung?

Mehr über den Zeitpunkt als über den Inhalt. Die Nachricht erwischte mich an Weihnachten im Allgäu mit extrem schlechtem Handyempfang. Wir gingen davon aus, dass ein Gerichtsbeschluss erst nach der Weihnachtspause ergehen würde. Inhaltlich folgte das Verwal-

tungsgericht ja der Auffassung des Bezirksamts: der Eigentümer der Eisfabrik wurde zur Sicherung des Grundstücks verpflichtet, da dieses eine Gefahr für Leib und Leben darstellt. Unklar war aber, wie weit die vom Gericht verordnete Unterbringungspflicht für die bisherigen »BewohnerInnen« geht.

Wir brachten die Betroffenen dann zunächst für zehn Tage in Hostels unter. Danach bekamen alle von uns ein Info-Paket zu Anlaufpunkten: Jobcenter, Notunterkünfte, Sozialamt, Jobpoints für befristete Tätigkeiten.

Eisfabrik: »Bewohner haben Anspruch auf Unterbringung«

Inzwischen haben wir uns mit der Senatsverwaltung und den Bezirken verständigt, dass ein Verweis auf Notunterkünfte jedoch nicht ausreicht. Die Betroffenen haben ein Anrecht auf Unterbringung durch den Bezirk. Sofern sie das können, müssen sie sich allerdings an den Kosten beteiligen.

Denn das Gericht wertete deren zweijährige Unterkunft in der Eisfabrik als Wohnen und stellte fest, dass sie somit nach der Räumung »unfreiwillig obdachlos« waren. Wer aber legal nach Deutschland einreist und keine Unterkunft hat oder finanzieren will, gilt dagegen als »freiwillig obdachlos«. Hier sind die Bezirke nicht zu Unterbringung verpflichtet. Im Fall der Eisfabrik war es anders. Aber der Bezirk ist nicht dazu verpflichtet, die Gruppe auch gemeinschaftlich unterzubringen, was sie jedoch einforderte.

Sofern die Menschen in existentieller Not sind, sollten sie als erstes ihre sozialhilferechtlichen Ansprüche klären lassen.

Aber sie haben doch nicht das Recht auf Hartz IV, wenn sie noch nicht in die deutschen Sozialkassen eingezahlt haben – außerdem haben sie ja derzeit keine Meldeadresse.

Die Frage der Meldeadresse ist das kleinste Problem. Richtig ist, dass es im Moment völlig unklar ist, welche EU-BürgerInnen wann einen Anspruch auf Leistungen des Jobcenters haben. Sofern jemand ein Jahr sozialversicherungspflichtig gearbeitet hat, ist klar, dass er bei Arbeitslosigkeit Leistungen der Arbeitsagentur beanspruchen kann. Für alle anderen Konstellationen gibt es die unterschiedlichsten Entscheidungen der Jobcenter und vor allem der Sozialgerichte. Jetzt hat sogar das Bundessozialgericht diese Frage an den Europäischen Gerichtshof verwiesen. Besonders schwierig ist es natürlich, wenn die Menschen offiziell selbstständig sind.

Wenn beispielsweise ein Bulgare belegen kann, mit Pfandflaschensammeln rund 500 Euro im Monat zu verdienen, dann kann er zum Jobcenter gehen und Aufstockung für sich und seine Familie beantragen?

500 Euro wird er wohl eher als Musiker denn als Flaschensammler verdienen. Ergänzende Leistungen des Jobcenters sind aber in solchen Fällen nicht ausgeschlossen. Völlig unklar ist, ab welchem Einkommen eine selbstständige Tätigkeit glaubhaft ist. Sicherlich eher, wenn nur 100 Euro zum Lebensunterhalt fehlen, als wenn nur 50 Euro im Monat verdient werden.

Ein Vorteil von Leistungen durch das Jobcenter wäre, dass sich die Menschen im den normalen »Fördern und Fordern-Kreislauf« der Jobcenter befänden. Das Jobcenter könnte dann verlangen, dass Sprachkurse oder andere Schulungen besucht werden. Und es könnte Menschen helfen, die nur deshalb hilfebedürftig sind, weil sie Hungerlöhne bekommen oder sie gar um den ganzen Lohn betrogen werden.

Wenn die Europäische Union aber nicht irgendwann auch eine soziale Union mit einigermaßen gleichen Lebensbedingungen wird, werden wir immer Probleme wie die in der Eisfabrik bekommen. Da hilft auch die ziemlich widerliche und vor allem rechtlich nicht haltbare Kampagne der CSU nicht weiter.

Interview: Christof Schaffelder, Ulrike Steglich



Die Eisfabrik Anfang Januar. Inzwischen werden die Eingänge zugemauert.

»Man muss die Menschen in Lohn und Brot bringen«

Ein Interview mit Bosiljka Schedlich über die Einwanderung von Roma nach Berlin. Bosiljka Schedlich ist Geschäftsführerin des »südost Europa Kultur e.V.«, der seit über 20 Jahren Flüchtlinge und Einwanderer aus Südosteuropa betreut, darunter auch viele Roma. Für seine beispielhafte Integrationsarbeit wurde der Verein mit vielen Preisen ausgezeichnet, unter anderem der Louise-Schröder-Medaille des Berliner Abgeordnetenhauses.

Frau Schedlich, das Thema osteuropäischer Migranten ist derzeit sehr eine große und auch politisch hochgekochte Debatte. Wie viele Roma leben eigentlich in Berlin?

Das ist schwer zu sagen. Die Statistik berücksichtigt die Staatsbürgerschaft, nicht aber die ethnische Zugehörigkeit. Und die meisten Roma zeigen nach außen nicht, dass sie Roma sind, aus Furcht vor Diskriminierung – auch in den Herkunftsländern ist das häufig so. Es gibt zum Beispiel auch türkischsprachige, muslimische Roma in Bulgarien, die sich aber meist als Angehörige der ethnischen türkischen Minderheit bezeichnen. Im »südost Europa Kultur e.V.« spielt die Herkunft aber keine Rolle. Wir behandeln jeden Menschen grundsätzlich als eigenständiges Individuum.

Wie sind die Roma in der deutschen Gesellschaft angekommen?

Die Integration der hier lebenden Roma verlief sehr unterschiedlich. Wir müssen zwischen mehreren Einwanderungswellen unterscheiden. In den 1960er Jahren kamen die ersten Gastarbeiter aus dem ehemaligen Jugoslawien hierher. Sie hatten Arbeit und waren in Wohnheimen untergebracht. Diese Gruppe konnte sich problemlos integrieren. Nach dem Tod des damaligen jugoslawischen Regierungschefs Josip Broz Tito begann in den 80er Jahren die erste Vertreibungswelle von Roma aus dem Kosovo und dann, 1991 – also noch vor dem Ausbruch des Bürgerkriegs – die Vertreibung aus Bosnien. Dort waren zuerst vor allem wohlhabende Roma betroffen: Paramilitärs hatten es auf deren Häuser abgesehen.

Vor dem Bürgerkrieg suchten viele Roma Schutz in Deutschland, durften als Flüchtlinge jedoch nicht arbeiten, was sie sehr frustrierte. Aber auch diese Gruppe kam noch relativ gut in der deutschen Gesellschaft an. Unter Tito, im sozialistischen System, war die Schulbildung noch flächendeckend, es gab Arbeit, und die Menschen hatten auch die Perspektive, sich in die Gesellschaft einzubringen.

»Niemand ist gern auf der Flucht.

Wer seine Heimat verlässt, tut das meist in extremen Krisensituationen«

Auffällig ist, dass viele Personen, die die Integration geschafft haben, sich nicht als Roma zu erkennen geben, aus Angst vor Diskriminierung. Dabei wären gerade sie als Vorbilder so wichtig für andere! Die Situation der Roma hat sich in den Herkunftsländern aber seitdem sehr verschlechtert, es gibt keine Arbeit mehr für sie und oft auch keine Schulbildung. Viele jüngere Roma sind Analphabeten. Viele leben in Zuständen, die man in Europa eigentlich nicht mehr für möglich halten würde. Die Zuwanderer von heute kommen oft



Ch. Eckelt

ohne Arbeit und ohne Unterkunft. Dadurch werden sie auch in der Öffentlichkeit sichtbarer – wenn sie zum Beispiel betteln gehen oder Pfandflaschen sammeln. Der Schwarzmarkt floriert. Skrupellose Eigentümer vermieten zu hohen Preisen an die Einwanderer, die oft in völlig überbelegten Wohnungen leben. Das führt zu nachvollziehbaren Problemen etwa mit der Nachbarschaft, für die Lösungen gefunden werden müssen.

Wie sollte man Ihrer Meinung nach mit dieser Situation umgehen?

Niemand ist gern auf der Flucht. Wer seine Heimat verlässt, tut das meist in extremen Krisensituationen. Und nur bestimmte Menschen wagen diesen Schritt überhaupt. Das sind Menschen mit Energie und Risikobereitschaft und auch dem notwendigen Geld für die Reise. Wenn die Gesellschaft klug ist, dann wird sie die Kraft dieser Menschen zu nutzen wissen. Wer eine reale Chance bekommt, nutzt sie in der Regel auch. Am Anfang steht aber die existenzielle Grundlage. Man muss die Menschen in Lohn und Brot bringen. Denn wer arbeitet, der bringt auch seine Kinder in die Kita und in die Schule. Wer jedoch von Almosen leben muss, kann nur an das kurzfristige Überleben denken. Ich habe die Hoffnung, dass sich die Situation vieler Roma verbessern wird, weil sie jetzt die Möglichkeit haben, sich hier in Deutschland eine reguläre Arbeit zu suchen.

Wie unterstützen Sie die Menschen konkret?

Wir beraten, betreuen und begleiten die Menschen in die Regeldienste, wir führen unterschiedliche Bildungs- und Integrationsangebote durch. Kinder und Jugendliche wollen wir natürlich besonders fördern. In unserem Jugendprojekt erhalten die Heranwachsenden wichtige Wissensgrundlagen, die sie dazu befähigen sollen, eine reguläre Schule zu besuchen oder eine Berufsausbildung zu beginnen. Sie lernen, über unsere Gesellschaft zu reflektieren und sich in ihr zu orientieren.

Das allgemeine Problem der Armut und der Diskriminierung muss meiner Meinung nach vor allem in den Herkunftsländern gelöst werden. Dazu sind weiterhin EU-Fördermittel und der politische Wille notwendig – und vor allem gut ausgebildete Menschen.

Das Interview führten Nathalie Dimmer und Christof Schaffelder



Ch. Eckelt

Ein neuer Treffpunkt im Park

Gelb leuchtet der Container in den trüben Januarnachmittag, an dem das ungewöhnliche Objekt im Kleinen Tiergarten eingeweiht wird. »Wir dachten einen Moment lang, DHL hätte hier geparkt«, witzelt eine Frau, die regelmäßig herkommt – auch wenn der Weg aus Hohenschönhausen weit für sie ist. Früher wohnte sie in Moabit, doch noch immer kommt sie, um im Park Bekannte zu treffen. Strahlend erzählt sie, dass sie nun auch ab Februar wieder eine Festanstellung hat. Besser, als wenn einem die Decke auf den Kopf fällt. Der auffällige Container wurde extra für die sogenannten »Szenegrüppchen« aufgestellt, die sich schon lange im Kleinen Tiergarten, bislang im Senkgarten, treffen. Manche sind wohnungslos oder leben in Wohnheimen, andere kommen einfach, um hier alte Bekannte zu treffen und zu reden, die meisten haben wenig Geld, zu wenig, um sich in Cafés zu treffen. Manche haben Suchtprobleme. Nun steht ihnen der Container als neuer, überdachter Aufenthaltsort an der Stromstraße zur Verfügung. Doch aus dem Park sollten sie nicht verdrängt werden, so die mehrheitliche Meinung in Moabit.

Der Standort und die Gestaltung wurden vom »Runden Tisch Sozialarbeit« und den Planern des Parks zusammen mit den Grüppchen entwickelt, seit Januar ist der neue Treffpunkt eröffnet. Mit Bänken, einem Schachbrett-Tischchen, Tischtennisplatte, Papierkorb, auch der gewünschte Trinkbrunnen ist schon da. Allerdings ist die Sitzbank nass – durch den offenen Fenster-

ausschnitt hat es hereingeregnet, und es ist zugig. Da wird wohl noch nachgebessert werden, vielleicht mit einer Scheibe zum besseren Wetterschutz.

Zur Einweihung sind viele gekommen – nicht nur etliche aus den Grüppchen, sondern auch viele, die sich aktiv an der Planung beteiligten und denen die Verwirklichung zu verdanken ist. Ralf Köhlein und andere Mitarbeiter des Sozialarbeiterteams Fixpunkt e.V., das mit seinem MAX-Mobil regelmäßig vor Ort ist und sich um die Gruppen kümmert. Mitarbeiter des Koordinationsbüros, des Bezirks, der Senatsverwaltung. Heinz Nopper, der Präventionsbeauftragte des Bezirks, der am Runden Tisch die Entwicklung des Orts begleitete. Michael Rannenber, viele Jahre Pfarrer der Heilandsgemeinde, der sich auch nach seiner Pensionierung für die Menschen und den Ort engagiert, u.a. in der Stadtteilvertretung. Bei Kaffee und Tee, Brötchen und Kuchen wird viel und intensiv geredet. Derzeit lädt die Kälte zwar nicht unbedingt an diesen Ort ein – aber spätestens im Frühling wird man vom Container aus einen schönen Blick auf den Park haben, wenn auch die Bauzäune weggenommen werden. Dann wird auch der Container noch künstlerisch gestaltet, zusammen mit den Nutzern. Dass etliche von ihnen sich den Ort bereits als ihren angeeignet haben, zeigt der Gehweg vorm Container: Er ist, zwei Wochen nach Silvester, blitzsauber: Zusammen mit Fixpunkt e.V. haben die Nutzer leere Flaschen und Böllerreste beseitigt. us

Fixpunkt e.V. steht mit seinem MAX Mobil dienstags 14–17 Uhr und freitags 12–15 Uhr an der Stromstraße/Ecke Alt-Moabit. Die Sozialarbeiter sind Ansprechpartner für die Szenegruppen, sie geben warme Getränke aus und gegen ein kleines Entgelt auch Obst und Brötchen, außerdem kostenlos sauberes Spritzenbesteck für Bedürftige. Sie beraten zu sozialen und Gesundheitsfragen und geben auch Parkbesuchern Auskunft über die geplante Umgestaltung im östlichen Kleinen Tiergarten.

Ausstellung

»Meine Kinder haben alle Abitur« – Lernbiografien aus Berlin-Moabit: Stadtschloss Moabit: 17.2.–18.3.2014, Mo–Fr 10–18 Uhr, Eröffnungsveranstaltung am 14.2.2014: Podiumsgespräch mit Diskussion: »Was können Nachbarschaftshäuser für die Bildung leisten?« Nachbarschaftshaus, Stadtschloss-Treff, Rostocker Straße 32b, 10553 Berlin

Klara-Franke-Preis 2014

Zum neunten Mal lobt der Moabiter Verbund für Nachbarschaft und Selbsthilfe den Klara-Franke-Preis aus, der an die engagierte Moabiterin erinnert. Der im Jahr 2000 erstmalig verliehene Preis wird für besonderes nachbarschaftliches Engagement vergeben. Geehrt werden damit Moabiter, die sich für den Stadtteil und seine Bewohner einsetzen. Soziale Zwecke, aktives Kiezleben und gute Nachbarschaft sind entscheidende Kriterien. Im Februar wird die Jury aus Ehrenamtlichen der Vereine aus den eingegangenen Vorschlägen auswählen. Vorschläge mit einer kurzen Begründung bitte bis 5. Februar an den B-Laden, Lehrter Straße 27-30, 10557 Berlin, Telefon 397 52 38 (mo + do 15–18 Uhr) oder b-laden@lehrter-strasse-berlin.net Die Preisverleihung findet am 8. März ab 16 Uhr in der Dorotheenstädtischen Buchhandlung im Rahmen eines nachbarschaftlichen Treffens statt, bereichert mit einer musikalischen Klara-Franke-Revue zu deren 100. Geburtstag von Elke Queerbeet. Der 8. März ist auch der Internationale Frauentag – Frauen treffen sich deshalb zum Feiern schon vor der Preisverleihung um 11 Uhr vor dem Rathaus Tiergarten: Es gibt Redebeiträge, Musik, Tanz, Essen und Getränke. www.moabionline.de

Kaffee & Kuchen

Das Café in der Jonasstraße 7 ist wie jeden Tag gut gefüllt. Der Duft von frisch gebackenem Kuchen liegt in der Luft, im Hintergrund läuft Jazzmusik. Wenn man bei Antje Menz einkehrt, dann ist das ein wenig wie nach Hause kommen.



Ch. Eckelt

Man erkennt auf den ersten Blick, wer zum ersten Mal hier ist. Die neuen Gäste stehen an der Vitrine und betrachten die Auswahl an Kuchen, Torten und Quiches. Hastig wollen sie ihre Bestellung an der Bar aufgeben. Doch bei Antje Menz, der Inhaberin des Cafés, und ihrer Belegschaft ist der Gast König. Erst mal hinsetzen, die Jacke ablegen, zur Ruhe kommen – im Café »Natürlicher Lebensraum« erfahren die Neankömmlinge, dass zur guten Gastronomie vor allem ein guter Service gehört. »Unsere Gäste sollen einen Moment innehalten können. Mir war es wichtig, die heute so weit verbreitete Selbstbedienungskultur umzukehren«, sagt Antje Menz.

Zurücklehnen und genießen

»Bei uns sollen sich Gäste zurücklehnen können und einfach nur genießen. Den Rest erledigen wir! Jeder von uns kennt doch dieses Gefühl aus der Kindheit: die gute Seele des Hauses, Mutter oder Großmutter, steht in der warmen Küche und bäckt einen Kuchen. Schon als Kind habe ich diese Küchensituation und das damit verbundene, sehr warme Gefühl geliebt, und schon immer wollte ich das an andere weiter geben.«

Sehr zielstrebig arbeitete Antje Menz auf dieses Ziel zu. Nach dem Abitur in ihrer Heimat Brandenburg beginnt sie ihre Ausbildung als Restaurantfachfrau im Hilton Berlin, später arbeitet sie auch im Adlon. Sie bildete sich kontinuierlich weiter, erweiterte ihren Horizont in einer Hilton-Dependance in Ägypten, machte Unternehmenskurse und lernte das Handwerk des »Barista«: Kaffee richtig zu rösten und perfekt zuzubereiten. Der Traum vom eigenen Laden war schon immer da: Jahrelang hat sich Antje Menz auf den Schritt in die Selbstständigkeit vorbereitet. Ein bemerkenswerter Weg für eine erst 26 Jahre junge Frau.

Auf Flohmärkten sammelte sie besonderes Porzellan, das sie in ihrer Wohnung aufbewahrte. Sie hielt Ausschau nach einem geeigneten Lokal und bereitete akribisch ihren Businessplan für potenzielle Kreditgeber vor. Von Anfang an wollte sie in Moabit ihr »Wohlfühlcafé« eröffnen. Doch gerade diese Entscheidung schreckte viele Banken zunächst ab. Sie fanden, das Konzept passe eher zu Charlottenburg oder Prenzlauer Berg. »Moabit hat immer noch einen sehr schlech-

ten Ruf – zu Unrecht, wie ich finde.« Antje Menz lebt selbst seit einigen Jahren in Moabit, sie hat hier viele Freunde und Bekannte und weiß um das Potenzial ihres Stadtteils. Vor allem aber hatte sie eine ganz klare Vorstellung davon, wie ihr Laden aussehen sollte, und das notwendige Können, diese Vorstellung umzusetzen. »Gesellige Atmosphäre, kein allzu großes Angebot, dafür gleichbleibend hohe Qualität. Man darf sich nicht verzetteln und in Konzeptlosigkeit verlieren. Man muss eine klare Linie entwickeln und die dann zielstrebig verfolgen.«

Wohnzimmeratmosphäre und täglich frischer Kuchen

Das Café ist spezialisiert auf eine große Auswahl an Kaffee- und Teespezialitäten. Torten und Kuchen bereitet Antje Menz in der Wohnküche im hinteren Bereich des Ladens jeden Tag frisch zu. Stammgäste sitzen besonders gern hier, wo der an die Kindheit erinnernde Duft des Gebäcks am intensivsten ist.

Im April 2013 eröffnete sie ihr Café, und bereits im ersten Monat wurden alle Erwartungen übertroffen. Mittlerweile hat sie drei feste Mitarbeiter und kommt mit den Aufträgen an vorbestellten Kuchen und Torten kaum noch hinterher.

Die liebevoll aufgearbeiteten Möbel im Landhausstil, der Kronleuchter und die Blümchentapete – das Konzept der herzlichen Wohnzimmeratmosphäre hat Antje Menz bis ins kleinste Detail durchgezogen. »Jeder Stuhl, jede Tasse und jede Tischdecke hat hier eine Geschichte, die mit mir verbunden ist.« Man spürt die Freude an ihrer Arbeit, aus der sich auch die Leichtigkeit zu speisen scheint, mit der die souveräne Frau selbst Sieben-Tage-Wochen mit einem freundlichen Lächeln meistert. Professionalität, Gastfreundschaft und Authentizität sind die Grundpfeiler des Cafés – und der Erfolg gibt Antje Menz Recht. Am Ende ist man sogar mit dem etwas sperrigen Namen versöhnt.

Nathalie Dimmer

»Natürlicher Lebensraum« Kaffee und Kuchen (Inh. Antje Menz), Jonasstraße 7, Öffnungszeiten: Mo–So 10–18 Uhr

Serbische Weihnachten im Holzwurm

Der Holzwurm ist eine typische Berliner Stammkneipe. Ein paar Spielautomaten, ein Billardtisch und natürlich die obligatorische Jukebox mit alten Schnulzen. Es ist auch ein Ort für ungewöhnliche Begegnungen.

Früher oder später landen alle Nachtschwärmer aus der Nachbarschaft mal im Holzwurm. Denn hier kriegt man auch noch um drei Uhr morgens ein sauber gezapftes Bier oder einen gepflegten irischen Malt zum schmalen Preis. Am langen Tresen begrüßt der türkische Metzger von nebenan freundschaftlich den deutschen Arbeitslosen, der mehr Zeit in der Kneipe als zu Hause auf dem Sofa verbringt. Man kennt sich seit Jahren. Auch Bogi ist da. Doch er steht nicht wie üblich hinter dem Tresen, sondern ist heute selbst Gast. Er feiert nämlich Weihnachten. Bogi heißt eigentlich Predraq Bogićević und kommt aus Serbien. Seinen Namen kann hier niemand aussprechen, deswegen nennen ihn alle Bogi.

Die orthodoxen Christen in den Balkanländern feiern ihr Weihnachtsfest 13 Tage später als das römisch-katholische Weihnachten. Am Heiligen Abend werden Äste mit Eichenlaub, die das Feuerholz im Stall von Bethlehem symbolisieren, unter den Esstisch gelegt. »Man schmeißt Bonbons und Walnüsse zu den Ästen unterm Tisch. Das ist ein schönes Spiel für die Kinder: sie suchen nach den Süßigkeiten und alle amüsieren sich darüber«, erklärt Bogi. In der Weihnachtsnacht wird Česnica, ein spezielles Weihnachtsbrot, gemacht. Darin sind symbolische Gegenstände eingebakkt, die Glück fürs kommende Jahr verheißen. Jedes Familienmitglied bricht ein Stück aus dem Brot heraus und hofft darauf, einen der Gegenstände zu finden. Das Holzstück von einer Weinrebe steht für eine gute Ernte, die Geldmünze für Reichtum und ein Brocken Putz oder Mörtel für den Hausbau. »Bei uns können reiche und arme Leute Weihnachten feiern. In Deutschland und anderswo ist Weihnachten doch oft nur noch ein Kampf um das teuerste Geschenk. Und besonders an diesen Tagen sehe ich hier sehr viele einsame Seelen, die schmerzlich daran erinnert werden, dass ihr Leben nicht so ist wie in US-Filmen.«

Wandervogel und Pfadfinder

Eine Gruppe junger Pfadfinder und Wandervogel ist heute auf der Durchreise. Etwa 25 junge Studenten Anfang, Mitte Zwanzig, viele mit Dreadlocks, haben sich im Holzwurm eingefunden und beginnen zu musizieren. Einige Geigen und Bratschen, Gitarren und sogar ein Kontrabass ist dabei.

Ein junger Mann mit einem markanten Ziegenbart kommt an den Tresen. Er gehört zu den Wandervögeln, wie er betont – schon etwas anderes als Pfadfinder. Bogi begrüßt ihn lauthals mit »Lincoln«, wegen des Barts und weil er mal einen Zylinderhut aufhatte. Das war an dem Abend, als Bogi von Lincoln zu einem Fest auf einem Bauernhof eingeladen wurde. »Das war unglaublich«, erzählt Bogi begeistert. »Ein großes Grundstück und eine riesige Scheune mit Heu auf den Dachbalken. Da waren viele Familien mit Kindern und viele junge Leute. Alle saßen sie am Lagerfeuer, sangen und tranken. Es war wie in den alten Piratenfilmen, aber ohne die Schurken.«

Die Pfadfinder-Wandervogel-Truppe stimmt ein serbisches Volkslied an. Bogi ist nicht mehr zu halten, er hebt sein Glas und singt lauthals mit. Plötzlich ist der ganze Laden erfüllt vom Gesang. In dem Lied geht es um einen jungen Mann in den Bergen, der seine Pferde verkaufen will, um mit seiner schönen Braut tanzen zu können. Bogi gibt sich Mühe, den Außenstehenden den Sinn des Textes zu übersetzen, was ansatzweise auch gelingt.

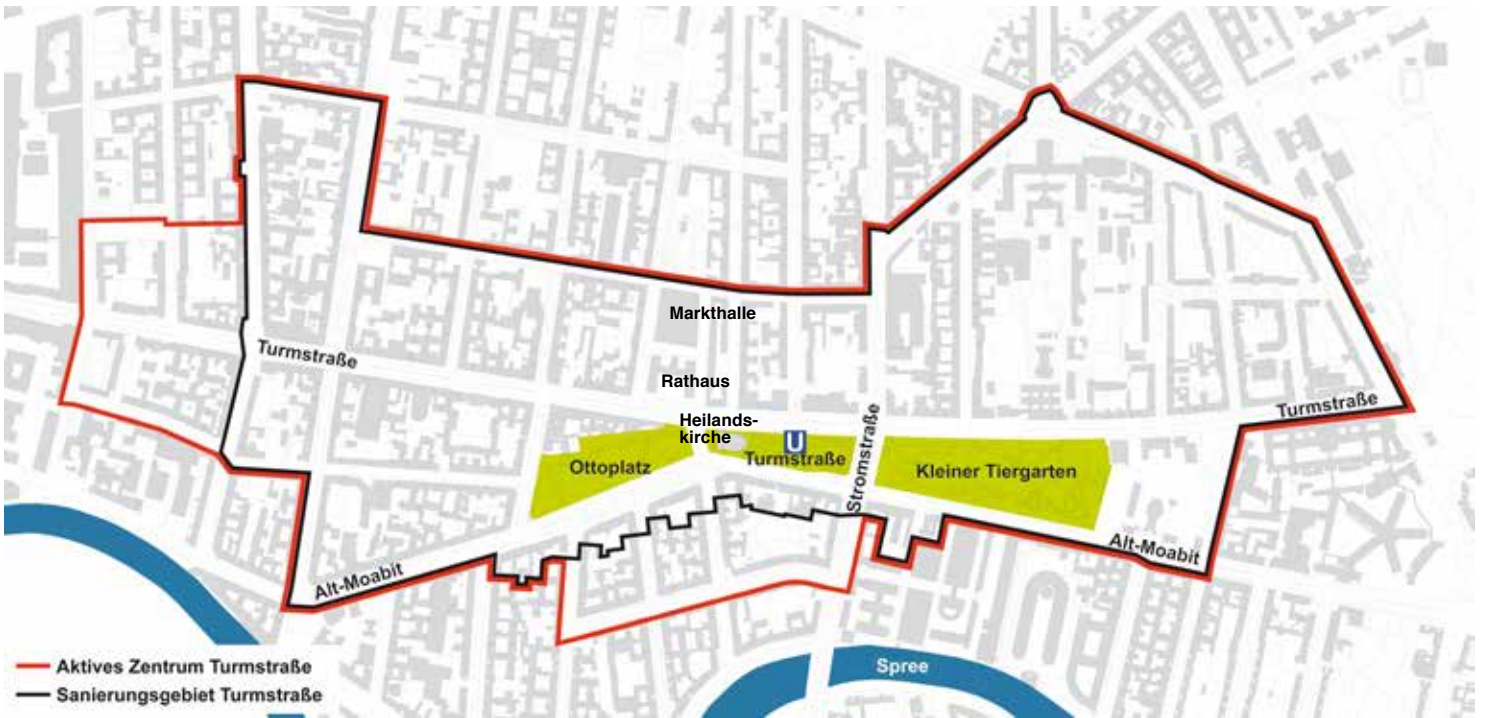
Die einfachen Dinge schätzen

Auch er ist in den Bergen aufgewachsen. Als er anderthalb Jahre alt war, sind seine Eltern ausgewandert. Er und sein Bruder lebten bei den Großeltern in einem kleinen Dorf am Rande der serbischen Karpaten. »Meine Großeltern, das waren die fleißigsten Menschen der Welt! Auf ihrem Grundstück haben sie wirklich alles angebaut: Gemüse, Wein, sogar Kaffee.« Die wichtigsten Dinge des Lebens hat er von ihnen gelernt, sagt er. Mit 12 Jahren ist er ins Tal gezogen, weil dort die Schule war. Er hat zeitweise in einem Rohbau gelebt, ganz allein, ohne Strom und fließendes Wasser. Das Leben sei sehr hart gewesen, aber auch voller Freiheiten. Bogi gefällt die Art der Pfadfinder, vielleicht auch, weil es ihn an früher erinnert: »Das sind gute Leute, die die einfachen Dinge zu schätzen wissen. Viele Stadtmenschen sind doch geblendet von ihrem Reichtum und ihrem bequemen Leben. Von denen würde doch keiner mehr überleben, wenn der Strom mal ausfällt.«

Nathalie Dimmer



Ch. Eckelt



Fördergebiet Aktives Zentrum Turmstraße

Adressen

Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Ordnung: Carsten Spallek

Müllerstraße 146/147, 13353 Berlin
(030) 90 18-446 00
baustadtrat@ba-mitte.berlin.de

Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung

Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Amtsleiterin: Frau Laduch, Zimmer 106
(030) 90 18-458 46
stadtplanung@ba-mitte.berlin.de

Sanierungsverwaltungsstelle

Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Sprechzeiten: dienstags, 9.00–12.00 Uhr,
donnerstags, 15.00–18.00 Uhr
stadtplanung@ba-mitte.berlin.de
Gruppenleiter: Stephan Lange
(030) 90 18-436 32

Aktives Zentrum und Sanierungsgebiet Turmstraße

Zimmer 180/181
Annett Postler (030) 90 18-454 36
annett.postler@ba-mitte.berlin.de
Constanze Hurny (030) 90 18-457 82
constanze.hurny@ba-mitte.berlin.de
Evelyn Möbus (030) 90 18-458 59
evelyn.moebus@ba-mitte.verwalt-berlin.de

Stadtteilvertretung

Die Stadtteilvertretung trifft sich derzeit an jedem 4. Montag im Monat im Rathaus Tiergarten (BVV-Saal)
stv@stv-turmstrasse.de
www.stv-turmstrasse.de

Prozesssteuerung

Koordinationsbüro für Stadtentwicklung und Projektmanagement – KoSP GmbH
Schwedter Straße 34 A, 10435 Berlin
Gisbert Preuß (030) 33 00 28 32
preuss@kosp-berlin.de
Andreas Wilke (030) 33 00 28 36
wilke@kosp-berlin.de
René Uckert (030) 33 00 28 33
uckert@kosp-berlin.de
www.kosp-berlin.de
www.turmstrasse.de

Geschäftsstraßenmanagement

die raumplaner
Alt-Moabit 62, 10555 Berlin
Sabine Slapa, Jan Schultheiß,
Holger Weichler
(030) 37 59 27 21
mobil: 0160-804 80 62 (Frau Slapa)
gsm@die-raumplaner.de
www.die-raumplaner.de

Quartiersmanagement Moabit-West

(Beusselstraße) Rostocker Straße 3,
10553 Berlin (030) 39 90 71 95
qm-moabit@stern-berlin.de
www.moabit-west.de

Quartiersmanagement Moabit-Ost

Wilsnacker Straße 34, 10559 Berlin
(030) 93 49 22 25
team@moabit-ost.de
www.moabit-ost.de

Aktuelle Informationen zum Gebiet finden Sie auch auf www.turmstrasse.de und zur Entwicklung von Moabit auf www.moabitonline.de